

vorwärtsEXTRA



SCHWARZ-GELB LÄSST ELTERN DIE ZEICHE ZAHLEN

Mit wackliger Einstimmen-Mehrheit haben Kubicki und Carstensen das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr kassiert. Eine Kehrtwende in der Bildungspolitik.

Schwarz-Gelb spart: zuerst bei den Familien. Im Landtag setzten die Abgeordneten von CDU und FDP die Abschaffung des beitragsfreien dritten Kindergartenjahres durch. Die SPD-Fraktion hatte auf namentlicher Abstimmung bestanden. So mussten alle Abgeordneten der schwarz-gelben Koalition Farbe bekennen.

Künftig werden die Eltern wieder zur Kasse gebeten, wenn sie ihr Kind in einer Tageseinrichtung betreuen lassen wollen. Für Kinder aus Familien mit geringem Ein-

kommen kann das bedeuten, dass sie auf die Förderung im Kindergarten verzichten müssen. Sie starten dann mit Rückstand in ihre Schulkarriere.

„Die Abschaffung der Kita-Beitragsfreiheit trifft Kinder und Familien“, kritisiert SPD-Fraktions-Chef Ralf Stegner. In seiner Landtagsrede verwies er auf die großen Anstrengungen der SPD-geführten Landesregierungen. 1988 gab das Land gerade mal 700.000 Mark für die Kindergärten aus, war bundesweit Schlusslicht bei Kita-Versorgung. Seitdem hat



FOTO: MARKUS SCHOLZ

Für das dritte Kindergarten-Jahr müssen die Eltern jetzt wieder in die Tasche greifen. Manches Kind wird aus Kostengründen wieder zu Hause bleiben müssen – erste Opfer schwarz-gelber Landespolitik.

das Land aufgeholt, die Aufwendungen auf 60 Millionen Euro pro Jahr gesteigert.

Im Landtag forderte der Fraktionsvorsitzende, bei der Bildung einen Schwerpunkt zu setzen: „Bildung entscheidet heute über Lebenschancen. Und wir wissen ganz genau, dass wir mehr für die frühkindliche Bildung tun müssen, dass wir mehr für Kinder mit Migrationshintergrund tun müssen, für Kinder von Alleinerziehenden,

dass wir mehr tun müssen für die Ausbildung der Erzieherinnen, die übrigens auch besser bezahlt werden müssen.“

Die CDU hatte erst am 1. Oktober 2008 im Koalitionsausschuss der damaligen großen Koalition die Beitragsfreiheit für das dritte Kindergartenjahr vereinbart. Mehr noch: 2011 sollte auch das zweite, 2013 die gesamte Kindergartenzeit beitragsfrei werden.

Im Landtagswahlkampf waren Kindergartenbeiträge ein Hauptthema. „Jetzt, ein dreiviertel Jahr später, sagt Carstensen, das gilt für mich nicht mehr“, stellt Ralf Stegner klar. „Das schürt Politikverdrossenheit.“ Der Beschluss sei „ein ganz falsches Signal“. Die schwarz-gelben Steuergeschenke an Hoteliers hätten für zwei beitragsfreie Kindergartenjahre gereicht. ■

LÄNDLICHE TRÄUMEREIEN GEPLATZT

Mit dem neuen Entwurf für den Landesentwicklungsplan (LEP) ist Inneminister Schlie (CDU) kräftig zurückgerudert. Im März hatte die Koalitionäre Eckwerte vorgelegt, die die Existenzgrundlage der Zentralorte gefährdet hätten (wir berichteten). Zum Beispiel sollten die Grenzen für den Wohnungsbau in ländlichen Gemeinden entfallen. Städteverband, Wohnungsunternehmen, Architektenkammer und andere Organisationen protestieren gegen drohenden Wildwuchs. Die SPD kündigte intensive parlamentarische Diskussionen an. ■

NEUES SPARKASSENGESETZ – MIT RISIKEN UND NEBENWIRKUNGEN

Neben der Opposition hatte sich auch der Sparkassen und Giroverband für eine Verschiebung der Abstimmung im Landtag ausgesprochen. Doch die schwarz-gelbe Koalition wischte alle Bedenken vom Tisch. Mit einer Stimme Mehrheit öffneten FDP und CDU die Sparkassen für private Investoren.

Die Gesetzesänderung soll der „Haspa-Finanzholding“ Stammkapital-Beteiligungen an öffentlichen Sparkassen ermöglichen. Der SPD-Landtagsabgeordnete Thomas

Die Öffnung der Sparkassen für Privatinvestoren wurde von Schwarz-Gelb gegen alle Bedenken im Parlament durchgewinkt.

Rother sieht darin eine Teilprivatisierung. Laut Bundesverwaltungsgericht sei die Haspa ein privates Rechtssubjekt.

„Private Investoren könnten sich auf eine Gleichstellung berufen“, warnt der Parlamentarier. „Ein nicht zugelassener Privater, der bereit wäre, einen höheren Kaufpreis als ein öffentlich-

rechtlicher Erwerbsinteressent zu bezahlen, könnte sich auf das europäische Diskriminierungsverbot berufen und sich in die Sparkasse hineinklagen.“

Gefährliche Nebenwirkungen sieht er für die Kommunen: „Die Gemeinwohlverpflichtung der Sparkassen ist über die Ausschüttungen für die Bereiche der kommu-

nen Sport-, Kultur-, Jugend- und Sozialförderung eine unverzichtbare finanzielle Grundlage für die Gestaltung unsres Gemeinwesens. Diese Gemeinwohlorientierung der Sparkassen wäre allein schon durch die Stammkapitalbildung dahin.“

Und er verweist auf weitere Aufgaben der Geldinstitute: „Das Giro-Konto für jedermann ist eine grundlegende politische Forderung, weil ohne diese Garantie viele Menschen von der Möglichkeit ausgeschlossen wären, ihre persönlichen Geschäftsvorgänge zu regeln.“ ■

FAMILIENSOMMER 2010

Sonntag, 11. Juli 2010, ab 10 Uhr
Erlebniswald Trappenkamp (Daldorf)
Spiel, Spaß und Abenteuer.
EINTRITT FREI!

Forum Familie



UNMUT AN DEN SCHULEN

Ungewöhnliche Allianz: Jusos und Junge Union gemeinsam initiierten in Eckernförde eine Podiumsdiskussion zum Thema Bildung. Am 3. Juni stellten sich im Eckernförder Technik- und Ökologiezentrum der SPD-Bundestagsabgeordnete Ernst Dieter Rossmann sowie Vertreterinnen und Vertreter der im Landtag vertretenen Parteien einem kritischen Publikum.

Unter der Moderation der Lehrerin Silke Rohwer wurde eine heiße Debatte um Schleswig-Holsteins zukünftige Schulpolitik geführt. Entnervte Schülerinnen und Schüler, aber auch Lehrkräfte machten ihrem Unmut Luft. Die Vertreter der Regierungskoalition hatten einen schweren Stand.

Die Gemeinschaftsschule als alleiniges Schulsystem wurde von Grünen, SSW und Linken gefordert. Ernst Dieter Rossmann plädierte für den Erhalt der Gymnasien. Einig waren sich alle, dass der Lehrplan dringend entrümpelt werden müsse.

Die Debatte war lebhaft und machte die Positionen der einzelnen Parteien deutlich. „Schade war, dass die Junge Union scheinbar nicht so viel Interesse an der eigenen Mitgestaltung des Diskussionsverlaufes hatte“, bedauert Eckernfördes Jusos-Vorsitzender Jonas Kramer. ■

UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE LÜBECKER UNI

Die unsozialen Pläne der schwarz-gelben Landesregierung zur Schließung der Medizinischen Fakultät der Universität Lübeck und der Privatisierung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein stoßen auch in der Bundeshaupt-

stadt auf Protest. Die Lübecker SPD-Bundestagsabgeordnete Gabriele Hiller-Ohm sammelte im Deutschen Bundestag Unterschriften zum Stopp der schwarz-gelben Vorhaben.

Die prominentesten Unterzeichner der Resolution für den Erhalt der Uni und

des Klinikums: Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Dr. Frank-Walter Steinmeier, SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles, die ehemalige Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn, der bildungs- und forschungspolitische Sprecher Dr. Ernst-Dieter Rossmann, der stellvertretende familienpolitische Sprecher Sönke Rix (beide aus Schleswig-Holstein) und der Fraktionsexperte für Weiterbildung Willi Brase.

Für den Erhalt des bundesweiten Top-Studiengangs für Medizin und des Medizintechnik-Standorts Lübeck sprachen sich ebenfalls der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Prof. Dr. Karl Lauterbach

sowie der Arbeitsmarktexperte und Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) Ottomar Schreiner aus.

„Ich freue mich sehr über die ungeteilte Unterstützung der SPD-Spitze!“, erklärte Hiller-Ohm. „Alle sind sich einig: Es ist ein Aberwitz, dass ein bundesweit erstklassiger Studiengang plattgemacht und damit die gesamte Universität und einer der bedeutendsten Medizintechnikstandorte Deutschlands infrage gestellt wird. Das Versprechen der Kanzlerin, an Bildung nicht zu sparen, hat im schwarz-gelb regierten Schleswig-Holstein ganz offensichtlich keine Bedeutung.“ ■



Gabriele Hiller-Ohm (Mitte) sammelte Unterschriften für die Lübecker Universität. Von links: Andrea Nahles, Frank-Walter Steinmeier, Sönke Rix und Ernst Dieter Rossmann

DEUTSCH-DÄNISCHES GESELLENSTÜCK

2009 haben die Parlamente Dänemarks und Deutschlands eine positive Entscheidung zum Bau einer Fehmarnbeltquerung beschlossen. Die Diskussion hierüber hält jedoch angesichts damit verbundener finanz-, verkehrs-, umwelt- und tourismuspolitischer Fragen an. Ob Brücke oder Tunnel ist ebenfalls offen.

Doch wie immer eine endgültige Entscheidung aussehen mag, Brücken und Tunnel sind neben Fährlinien und Luftverkehr die Verbindungen zwischen Ländern, die durch Gewässer getrennt

sind. Alle Verbindungen brauchen das gute kulturelle Zusammenleben der Menschen. Dabei erhalten zunehmend grenzüberschreitende Arbeitsmärkte Bedeutung. Zu sehen ist dies beispielhaft in der Region „Sønderjylland/Schleswig-Flensburg“.

Vor diesem Hintergrund und für den Fall, dass es zum Bau einer Querung kommt, hat der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies das Projekt „FBQ – Fördern-Bilden-Qualifizieren“ entwickelt. Zentraler Teil ist die gemeinsame Berufsausbildung von dänischen und deutschen Jugendlichen

nach dem Ausbildungsrecht beider Länder beim Bau der Fehmarnbeltquerung, organisiert durch eine Ausbildungs- und Qualifizierungsgesellschaft. Das Ziel ist eine Prüfung nach deutschem und dänischem Recht abzulegen, um zu beiderseits der Grenze anerkannten Lehrzertifikaten zu kommen.

Franz Thönnies schlägt vor, 600 bis 800 junge Dänen und Deutsche beim Bau der Querung auszubilden. Hinzukommen könnte eine gewisse Zahl Jugendlicher aus den Baltischen Ländern. Förderung wäre aus dem Europäischen Sozialfonds und

der EU-Baltic-Sea-Strategy möglich.

Das Ziel ist eine Stärkung der sozioökonomischen Verhältnisse in der Region durch die Wachstumseffekte aus dem Bau der Querung. Für das Projekt „FBQ“ steht die Zukunft der jungen Menschen durch eine länderübergreifende Ausbildung im Vordergrund. „Die Jugendlichen hätten später ein wirklich einmaliges Gesellenstück vorzuweisen und könnten ohne Hindernisse Arbeit in beiden Ländern finden“, erläutert Thönnies. ■

www.thoennes.de – **Arbeitschwerpunkte – Projektskizze**

KREISBÜROS MIT NEUEN ADRESSEN

Gleich drei SPD-Kreisbüros haben sich neue Räumlichkeiten gesucht.

■ Seit Mitte Juni ist der Kreisverband Segeberg unter der Adresse Ochsenzoller Straße 16, 22848 Norderstedt zu erreichen. Hier „wohnt“ das Kreisbüro wieder mit dem Ortsverein Norderstedt unter einem Dach.

■ Ab 1. Juli hat das Kreisbüro Flensburg die Anschrift Hafermarkt 6-8, 24943 Flensburg.

■ Der Kreisverband Steinburg zieht ebenfalls um. Ab Mitte Juli lautet die Adresse Brookstraße 1, 25524 Itzehoe. Unter dieser Adresse ist künftig auch das Büro der Landtagsabgeordneten Birgit Herdejürgen zu erreichen. In allen Fällen bleiben Telefon-, Fax-, und E-Mailverbindungen unverändert. ■

VERSprochen UND GEBROCHEN

Wie Schwarz-Gelb immer mehr Enttäuschung und Wut erzeugt.

Schleswig-Holstein erlebt dieser Tage eine Welle des Protestes. Mit 14.000 Demonstranten erlebte unser Land die größte Demonstration seit 30 Jahren. Die Empörung über die schwarz-gelben Kürzungsorgien wächst stetig – und mit ihr die Enttäuschung und die Wut auf die Regierung Carstensen. Der damit einhergehende Vertrauensverlust resultiert nicht nur aus den Vorschlägen der sogenannten Haushaltsstrukturkommission. Er resultiert auch aus einer Mischung aus Unfähigkeit und Unwilligkeit, Politik transparent, ehrlich und nachvollziehbar zu gestalten.

Diese Regierung versucht, ihre Politik auf Biegen und Brechen durchzupauken. Dialog, gesellschaftlicher Diskurs und parlamentarische Kontrolle war gestern. Heute regiert man wieder nach Gutsherrenart – man spricht mehr übereinander statt miteinander. Anhörungen werden abgesetzt, Ge-

spräche bei betroffenen Einrichtungen und in bestimmten Regionen abgesagt. Die eigenen Leute werden lange im Unklaren gelassen und die Abgeordneten bei Abstimmungen der Ein-Stimmen-Mehrheits-Koalition massiv unter Druck gesetzt.

Diese Koalition macht unmittelbar nach der Wahl genau das Gegenteil von dem, was sie vor der Wahl versprochen hat – zum Beispiel bei der Streichung der KiTa-Gebühren, den Schülerbeförderungskosten und der Privatisierung des UKSH. Sie macht auch das Gegenteil dessen, was sie im Koalitionsvertrag vereinbart hat. Versprochen und gebrochen – das ist das Markenzeichen dieser Regierung. Aus der selbsternannten „Koalition des Aufbruchs“ ist eine „Koalition des Abbruchs“ geworden.

In der einen oder anderen Zeitung liest man etwas von den „mutigen“ Kürzungsplänen der schwarz-gelben Regierung. Ich frage: Was ist mutig daran, bei den Schwächsten in unserem Land zu kürzen? Was ist mutig daran, den Familien im Land Kita-Gebühren

und Schülerbeförderungskosten aufzubrummen? Was ist das für ein seltsamer Mut, Entwicklungschancen ganzer Regionen zu gefährden?

Und: Wo ist denn der Mut, Vermögende, Spekulanten und Hoteliers zur Kasse zu bitten? Wo der Mut, endlich bei Verwaltung, statt bei Familien, Bildung, Betreuung und Sozialem zu sparen?

Zu zeigen, dass es anders geht, dafür sind wir Sozialdemokraten da! Mit eigenen Konzepten, einem transparenten und verlässlichen Politikstil und dem Kompass der sozialen Gerechtigkeit ausgestattet, sind wir die seriöse Alternative zu Schwarz-Gelb. Ich gebe zu: Opposition üben wir noch ein wenig – das mag auch daran liegen, dass wir einfach besser regieren können.

Ralf Stegner, SPD-Landesvorsitzender



FOTO: GABY ZIMMERMANN

WIR GRATULIEREN IM JULI

ZUM 100. GEBURTSTAG:

Charlotte Schulz, Heikendorf

ZUM 95. GEBURTSTAG:

Eva Dieck, Lübeck

ZUM 94. GEBURTSTAG:

Alice Jacobsen, Fockbek

ZUM 93. GEBURTSTAG:

Bertha Gause, Schenefeld

ZUM 92. GEBURTSTAG:

Herbert Arendt, Lübeck

Josef Hienstorfer, Neumünster

Martha Vana, Elmshorn

ZUM 91. GEBURTSTAG:

Karl Kammer, Kiel

Erich Schmidt, St Peter-Ording

ZUM 90. GEBURTSTAG:

Karl Brasholz, Nahe

Margarete Carstensen, Süderlügum

Reinhold Manz, Strande

Erich Schmidt, Neustadt

WIR GRATULIEREN IM AUGUST

ZUM 101. GEBURTSTAG:

Georg Reinhardt, Reinbek

ZUM 99. GEBURTSTAG:

Else Rosinsky, Lübeck

ZUM 96. GEBURTSTAG:

Heinz Gremmel, Kiel

ZUM 95. GEBURTSTAG:

Siegfried Mader, Osterrönfeld

ZUM 93. GEBURTSTAG:

Frieda Neumann, Quickborn

Anni Rabe, Lübeck

Ida Roenfeldt, Darry

Gertrud Tiedemann, Nortorf

Erna Wicke, Fehmarn

ZUM 92. GEBURTSTAG:

Martin Kobelt, Lübeck

ZUM 91. GEBURTSTAG:

Berta Hahn, Elmshorn

Hans Schwalbach, Kiel

Elisabeth Wittig, Ahrensburg

ZUM 90. GEBURTSTAG:

Tjarve Delmdahl, Elmshorn

Paula Hess, Brokdorf

Adolf Litty, Büdelsdorf

Else Miltkau, Altenholz

Hildegard Schramm, Bad Malente

Lotti Selle, Neumünster

Hugo Walter, Barsbek

SEMINARE

SEMINAR FÜR NEUE MITGLIEDER

in der Gustav-Heinemann-

Bildungsstätte, Bad Malente.

Inhalte: Einführung in die Ge-

schichte der SPD, Programme,

Partei- und Organisationsstruk-

turen, Einblicke in die Kommunal-

politik.

■ 4. bis 6. November

Kostenbeitrag: 35 Euro, Schüler,

Studenten, Arbeitslose die Hälfte.

„PRESSEWORKSHOP“

Zielgruppe: Absolventen/Absol-

ventinnen „Fit fürs Ehrenamt“

und „Engagement im Ehrenamt“.

■ 10. bis 12. September

Beginn Freitagabend 18 Uhr, Ende

Sonntagmittag 13 Uhr

ANMELDUNG: Elfriede Marx

elfriede.marx@spd.de

Tel. 04 31/9 06 06-26

Fax: 04 31/9 06 06-21

DAS SPD-FOLKETING

DREI MITGLIEDER-KONFERENZEN

Unsere Mitglieder haben das Wort. Vorbereitung auf den Landesparteitag. Zentrale Themen: Bildung und Verkehr. Mit Ralf Stegner, SPD-Landesvorsitzender.

■ Süd: 23.8., 18.30 Uhr
Lübeck, media docks

■ Nord: 24.8., 18.30 Uhr
Flensburg, Weichehuus

■ Mitte: 6.9., 18.30 Uhr
Rendsburg, Kulturzen-
trum Hohes Arsenal

SCHLESWIG-FLENSBURG MIT NEUEM VORSTAND



Ralf Wrobel.

Der Kreisverband Schleswig-Flensburg hat mit Ralf Wrobel einen neuen Kreisvorsitzenden gewählt. Der Kreisparteitag am 12. Juni in Schaalby stattete ihn mit einer großen Mehrheit aus – 92,4 Prozent. Wichtiges Ziel für die Zukunft sei es, die über 60 Ortsvereine im Kreisverband bei ihren Aufgaben zu unterstützen und für Entscheidungsfindungen die Meinung der

Basis einzuholen, so Ralf Wrobel: „Wir müssen mit den Menschen in unserer Region sprechen, ihre Sorgen und Nöte aufnehmen und sie von unserer Politik überzeugen“.

Als Gastredner referierte Olaf Scholz, SPD-Landesvorsitzender in Hamburg, zum Thema Fairness auf dem Arbeitsmarkt. Die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen gehörte abgeschafft, so Scholz. ■

»ICH HAB MICH NIEMALS ARM GEFÜHLT«

Ein Stück Zeitgeschichte: Die prominente Kieler Sozialdemokratin Rosa Wallbaum berichtet aus ihrem bewegten Leben.

Rosa Wallbaum ist ein Kieler Arbeiterkind, Jahrgang 1915. Ihr Leben schlägt den Bogen vom deutschen Kaiserreich bis ins 21. Jahrhundert. Mit neun Jahren kam sie zur Arbeiterjugendbewegung der Roten Falken. 1927 nahm sie am ersten Kinderzeltlager auf Gut Seekamp teil, einem Experiment demokratischer Erziehung, zu dem 2000 Kinder aus ganz Deutschland und Nachbarländern anreisten. Dies war für Rosa Wallbaum ein prägendes Erlebnis.

1929 schloss sie die Volksschule ab und wurde Verkäuferin, die einzige Berufsausbildung, die finanziell für sie möglich war. Sie heiratete einen Marinesoldaten und stand nach dem Zweiten Weltkrieg als Witwe mit zwei

Kindern da. Ihr Bedürfnis, zu lernen und gesellschaftlich tätig zu sein, brachte sie zur Mitarbeit in vielen Organisationen. Fast zwanzig Jahre lang gehörte sie als Ratslerin der Kieler Ratsversammlung an. Sie war jahrelang hauptamtlich für die Frauenarbeit des SPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein verantwortlich und anschließend am Aufbau der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Malente beteiligt, wo heute die Bibliothek nach ihr benannt ist.

Rückblickend sieht Rosa Wallbaum die Einrichtungen der Arbeiterbewegung als „ihre Universität“ an. Durch sie erhielt ihr Leben eine Perspektive, die Schule und Elternhaus allein nicht hätten geben können. Um dies



Rosa Wallbaum.

festzuhalten und ihren Dank dafür abzustatten, begann sie mit 86 Jahren, der Herausgeberin aus ihrem Leben zu berichten.

Die Herausgeberin, Susanne Kalweit (Jahrgang 1954), ist seit zwanzig Jahren mit Rosa Wallbaum befreundet. Als Historikerin wollte sie deren ungewöhnlichen und doch exemplarischen Lebensweg festhalten. Die Erinnerungen beruhen auf fünfzehn Gesprächen mit ihr zwischen 2001 und 2003. Für das Buch wurden die Ich-

VORWÄRTS DOPPELT ZUGESTELLT?

Im letzten Monat haben viele Haushalte, in denen mehrere Mitglieder wohnen, den Vorwärts mehrfach erhalten. Ursache ist ein Problem bei der Datenübernahme in die neue Mitglieder-Datenbank, das inzwischen behoben wurde. Sollte auch diesmal der Vorwärts mehrfach zugestellt worden sein, bitten wir um Mitteilung an das zuständige Kreisbüro oder das MAVIS-Zentrum in Kiel, Tel. 04 31/9 06 06-30, mavis-sh@spd.de ■

TERMINE

- 4. Juli, 11 Uhr
Osterrönfelder Seifenkisten Cup 2010, mit BobbyCar-Rennen.
www.ofelder-seifenkiste.de
- 28. August, 10 Uhr
Außerordentlicher Kreisparteitag Segeberg. Trappenkamp, Bürgerhaus.
- 11. September, 10 Uhr
Außerordentlicher Landesparteitag. Kiel, Stadtwerke.
- 15. Oktober, 15 Uhr
SPD-60-plus Kreis Steinburg, Kreismitgliederversammlung mit Neuwahl des Vorstandes. AWO-Begegnungsstätte Itzehoe, Markt 7.

Form und so weit wie möglich die lebendige Sprechweise beibehalten.

Eine Zeittafel, ein Personenregister, eine Literaturliste und erläuternde Fußnoten runden das Buch ab, das rechtzeitig zu Rosa Wallbaums 95. Geburtstag am 13. Mai erschien. Die Herausgabe wurde vom SPD-Kreisverband Kiel und von der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte e.V. unterstützt.

Susanne Kalweit (Hg.), „Ich hab mich niemals arm gefühlt“. Die Kielerin Rosa Wallbaum berichtet aus ihrem Leben. Rotation Verlag, Berlin 2010. 19,90 Euro, ISBN 978-3-86850-644-0

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Landesverband Schleswig-Holstein, Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel.

Redaktion: Dietrich Drescher, Christian Kröning (verantwortlich)
www.spd-sh.de